ökonomisches Energiezentrum ersten Ranges geblieben, es ist aber militärisch und außenpolitisch ohnmächtig. Dieser Widerspruch hat wieder zweierlei Folgen. Auf ökonomischem Gebiet zwingt die militärische Machtlosigkeit unsere Kapitalistenklasse, zu versuchen, jenes Ziel einer imperialistischen Politik, Monopolisierung von Absatzmärkten, Konzentration der Wirtschaft nicht durch militärische Entscheidungen zu erreichen, sondern durch Kartell- und Trustbildung auf internationalem Maßstab. Ich erinnere nur an die Verhandlungen, die immer wieder gerade unsere Schwerindustrie mit der französischen und belgischen Schwerindustrie führt, um zu einer solchen Monopolisierung des europäischen Absatzmarktes auf einem der wichtigsten Gebiete der Rohstoffversorgung zu gelangen. Politisch aber bedeutet die einseitige Abrüstung, die machtpolitische Depression hier, die machtpolitische Steigerung dort wieder eine Gefahr für den europäischen Frieden.

Diese Dinge gilt es zu analysieren, danach unsere Politik einzurichten. Die Analyse wird zeigen, daß wir nicht allein, aber in Verbindung mit allen demokratischen, sozialistischen Kräften der übrigen Welt stark genug sein werden, um diesen sehr starken imperialistischen Tendenzen unsere Gegentendenz entgegenzustellen und sie allmählich so erstarken zu lassen, daß unsere Friedenspolitik nicht mehr Utopie ist, nicht mehr auf den endgültigen Sieg des Sozialismus verschoben werden muß, sondern Bestandteil unserer Außenpolitik ist und so ernst und aussichtsreich wie unsere übrigen Kämpfe, so daß also unsere Friedenspolitik eine durchaus reale Politik sein kann. Diese Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu sehen, ihnen von vornherein jede Aussicht abzusprechen, wäre ein schwerer Fehler unseres Programms, wollte unser Programm dies versuchen. Gerade in diesen Dingen ist unser Programm durchaus auf der Höhe der Aufgaben, die der internationale Sozialismus zu erfüllen hat.

Ich gebe im übrigen ohne weiteres zu, daß eine ganze Anzahl der gemachten Anregungen beachtenswert sind und hoffe, daß sie auf nächsten Parteitagen ihre Berücksichtigung finden werden, für heute aber bitte ich Sie, möglichst einmütig unser Programm anzunehmen und damit unter die bisherige Entwicklung ein gewisses Resümee zu setzen, es vor allen Dingen aber anzunehmen, damit wir wieder hinausgehen können, agitieren, unserer Jugend sagen, was Sozialismus ist, wofür sie kämpft und kämpfen muß, wenn diese neue Generation würdig sein will der Arbeit, Mühen und Leiden, die die vergangenen Arbeitergenerationen auf sich genommen haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Antrag der Frauen, statt „Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit" unter „Sozialpolitik zu setzen „gleiches Erwerbsrecht der Frauen", wird angenommen.

Der Parteitag beschließt, über den Antrag, die öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung zu streichen, abzustimmen und nimmt hierauf den Antrag an.

Darauf stimmt der Parteitag unter Ablehnung aller übrigen Anträge dem vorgelegten Programmentwurf gegen ganz wenige Stimmen zu und überweist die Anträge zum Agrarprogramm der Agrarkommission. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels**: Dem Bureau ist folgende Erklärung übermittelt, die zu Protokoll geht:

Die unterzeichneten Mitglieder der Beschwerdekommission geben zum Fall Bauer folgende Erklärung ab:

„Die Beurteilung der Angelegenheit ist an Hand der eingehenden, das gesamte Material darlegenden Begründung des Schiedsgerichts, das zu einem Freispruch kam, behandelt worden. Ein Grund, Bauer zu diesen von ihm selbst anerkannten Feststellungen zu hören, lag nicht vor, ebensowenig wie



dies in den anderen Beschwerdefällen ohne Beanstandung des Parteitages geschah. Die Kommission verwahrt sich gegen die Art der Behandlung dieser Angelegenheit und legt ihr Mandat hiermit in die Hand des Parteitages zurück.

gez. Buchwitz, Kaisen, Dr. Kieß, Asch, Puchta, Henßler, Schmitt."

Dann hat die Sachsenkommission eine Erklärung übermittelt, in der sie zu den Ausführungen Marums Stellung nimmt und darlegt, daß sie von der Erklärung vorher keine Mitteilung geben konnte, da sie durch meine Aufforderung, ins Plenum zu kommen, weil die Sachsenfrage zur Behandlung komme, in der Aufklärung über diese Frage unterbrochen worden sei. Damit ist die Sache erledigt.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Genossen Brühne, zum Vertreter den Genossen Wilhelm Bock und zum Schriftführer den Genossen Hengsbach gewählt.

Damit sind wir am Schluß der Arbeit des Parteitages angelangt.

Namens des ganzen Parteitages danke ich unseren badischen und insbesondere unsern Heidelberger Genossen für ihre Unterstützung unserer Arbeit und die unvergeßlichen Tage hier in Heidelberg, insbesondere die uns vermittelten Schönheiten des Ausflugs mit Schloßbeleuchtung (Bravo!)

Wir hoffen, daß unsere Tagung den Auftakt für die Landtagswahlen in Baden bildet und zu einem Erfolg für die Sozialdemokratie führt. (Bravo!)

Die Partei hat sich in imponierender Geschlossenheit zur Mitarbeit am republikanischen Staat bekannt unter immerwährender Betonung, daß dieser von unserer Hand geschaffene Staat ein wahrer Volksstaat werden soll. (Bravo!) Wir arbeiten, atmen und wirken in der deutschen Republik und sind willens, diese unsere Republik nicht nur zu schützen und zu stützen, sondern zu einer Heimstatt für alle diejenigen auszubauen, die mühselig und beladen sind und sich nach einer Heimat sehnen, in der sie sich wohl fühlen. Die Demokratie ist unser Weg, der Sozialismus unser Ziel! (Bravo!) Wer wir sind und was wir wollen, haben wir soeben in dem neuen Programm zusammengefaßt, das sich an alle wendet, die sich aus der kapitalistischen Zwangswirtschaft in ein Land hinaussehnen, das keine Knechtschaft kennt, das allen seinen Kindern Frieden und ein erträgliches Dasein sichert, die Erzeugnisse gemeinsamer Arbeit zu gemeinsamem Wohlergehen verwendet und die Segnungen der Kultur nicht nur einer auserwählten Klasse zuteil werden läßt, sondern zum Gemeingut aller macht, die durch ihre Arbeit diese Kultur schaffen helfen. (Bravo!)

Wir haben uns in der Stellungnahme zu den Problemen der europäischen Politik aufs neue zu allem bekannt, was den Haß abzubauen geeignet ist, der die Völker untereinander entzweit, um die Völker zu gemeinsamer Arbeit und dem Wirken des Friedens zu verbinden. Wir wissen, daß dieser Weg hart und steinig ist, aber wir sind gewohnt, gegen Hindernisse aller Art mit der Hingabe anzukämpfen, die das große Ziel erfordert.

In der Stellung zur inneren Politik aber hat der Parteitag eine außerordentliche, eine erfreuliche Einmütigkeit gezeigt, wie wir sie sonst selten auf Parteitagen konstatieren können. (Bravo!) Der Anschlag der Reaktion auf die Entwicklung des Schulwesens findet die Partei in geschlossener Abwehrfront. Der Kampf um die Schule ist der Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes. (Sehr richtig!)

Der Klassenkampf ist eine historische Notwendigkeit und innerhalb einer Wirtschaftsentwicklung von ungeheurem Ausmaß eine sittliche Pflicht. Deshalb fordern wir alle auf, mit uns am Neubau einer von den Schlacken kapitalistischer Willkür befreiten Gesellschaft zu schaffen. Das gilt für alle, die noch fernstehen und von der Sehnsucht nach einer besseren Weltordnung erfüllt sind. Es gilt vor allen Dingen auch unsern eigenen Parteigenossen. (Sehr gut!) Wir haben

mehr als alle andern die Pflicht, an die Zukunft zu denken. Sie dürfen sich vor allen Dingen nicht durch die Schatten der Vergangenheit den Blick für die Aufgaben der Gegenwart und das große Ziel trüben lassen, das uns allen vorschwebt. Es hat immer Meinungsverschiedenheiten und persönliche Gegensätze gegeben; aber die 13er-Kommission, die den Sachsenkonflikt beraten hat, hat durch ihren Bericht gezeigt, wie auch unter Parteigenossen so tiefgehende Meinungsverschiedenheiten geschlichtet werden müssen. (Sehr gut!)

Die Sozialdemokraten reichen allen diesseits und jenseits der Grenzen die Hand, die mit uns den Weg in das Land des Friedens und des Sozialismus gehen wollen. Wir erstreben die internationale Verständigung und wollen auch keinen Unfrieden in den eigenen Reihen. (Sehr gut!)

Deshalb, Parteigenossen, die Stirn empor und den Blick in die Zukunft gerichtet! Die heilige Unruhe, von der auch hier die Rede gewesen ist, soll uns alle erfüllen, damit wir durch das Gestrüpp der Gegenwart den Weg zu Freiheit und zum Sozialismus bahnen. Darum, Sozialisten, schließt die Reihen, die Trommel ruft, die Banner wehen! Es lebe die Internationale! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Der Parteitag stimmt begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.

Unter den kraftvollen Klängen des Sozialistenmarsches schließt der Parteitag.

Schluß 1¼ Uhr.

---

# Angenommene Anträge.

## Zum Bericht des Parteivorstandes.

**25. Breslau.** Alle Parteiinstanzen und die gesamte Parteigenossenschaft werden aufgefordert, sich gegen eine weitere Erhöhung des Mietzinses zugunsten des entschuldeten Hausbesitzes zur Wehr zu setzen.

**86. Parteivorstand.** § 8 letzter Absatz soll lauten: Zur Deckung der Werbeunkosten zentraler Einrichtungen haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art einen monatlich an die Parteikasse abzuführenden Werbebeitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgesetzt wird.

**87. Parteivorstand.** Dem § 8 zweiter Absatz ist anzufügen: „wovon 10 Pf. pro Marke und Mitglied an die Parteikasse abzuführen sind.

**90. Bielefeld, Hannover, Stettin, Magdeburg, Bezirk Franken, Göppingen, Bezirk Württemberg.** Das Geschäftsjahr der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beginnt und endet mit dem Kalenderjahr.

**96. Zwickau.** Der Parteitag wolle beschließen: Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind verboten.

**214. Antrag des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.** Parteigenossen, die in den Reichstag, in die Landtage, in die Provinzial-, Bezirks- und Gemeindevertretungen gewählt werden, dürfen Aufsichtsratsstellen in privatwirtschaftlichen Erwerbsunternehmungen nur bekleiden, wenn die Fraktionen, deren Mitglieder sie sind, dagegen keine Einwendungen erheben. Das gleiche gilt für die Annahme solcher Stellen während der Dauer einer Wahlperiode.

**231. Wilhelm Sander zu Antrag 230.** Im § 22 Satz 3 des Organisationsstatuts soll statt 10 000 die Zahl 7500 gesetzt werden.

**242. Antrag der Kommission zum Sachsenkonflikt.** Die wirtschaftliche und politische Situation in Sachsen macht eine Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats notwendig. Der Parteitag billigt deshalb die bisherige Stellungnahme des Parteivorstandes und seine dauernden Bemühungen, den Sachsenkonflikt einer Lösung entgegenzuführen.

Die Frage der Landtagsauflösung, welche in diesem Konflikt eine erhebliche Rolle spielt, darf nur nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden. Für diese Entscheidung bleibt maßgebend der Beschluß des Berliner Parteitages von 1924. Auf der Grundlage dieses Beschlusses verlangt der Parteitag, daß zunächst Fraktionsmehrheit und -minderheit sich wieder zu einer Fraktion zusammenschließen und unter Zuziehung einer Vertretung des Parteivorstandes beraten und entscheiden, und daß die Frage der Landtagsauflösung von der Landtagsfraktion, den Bezirksvorständen Sachsens und dem Parteivorstand sobald als möglich beraten und gemeinsam entschieden wird.

Der Parteitag erklärt ferner, daß durch diesen Beschluß alle gegen sächsische Parteigenossen aus Anlaß des Sachsenkonflikts anhängig gewordenen Ausschlußverfahren erledigt sind, daß die beteiligten Genossen wieder in ihre Parteirechte eingesetzt werden und ihnen die Möglichkeit der freien Meinungsäuße-